ANTRAG

Gremium: *Mitgliederversammlung*

Beschlussdatum: *21.07.2024*

Tagesordnungspunkt: *16.3. Weitere Anträge*

A6NEU: Extremismus an Schulen? Nicht mit uns!

Antragstext

„Sittenwächter“ an Mittelschulen, gewalttätige Auseinandersetzungen, offene Homophobie in Klassenräumen? Was wie dystopische Szenen aus schlimmen Erzählungen wirkt, ist mittlerweile leider in vielen Schulen Österreichs absolut salonfähig, und verschlechtert das Leben von unzähligen Schüler:innen extrem.

Diese Szenen, und viele weitere, spielen sich immer öfter an Österreichs Schulen ab, und stellen ein Problem da, dass sich nicht länger wegignorieren lässt. Wir haben an unseren Schulen einen gewissen Prozentsatz der Schüler:innen, die sich offensichtlich nicht mit unserer liberalen Gesellschaft, die auf Offenheit und Inklusion aufbaut, identifizieren, und dem muss endlich etwas entgegengesetzt werden.

Während die generelleren Probleme mit Integration nur auf höchster politischer Ebene geregelt werden können, kann man doch zumindest schon in Schulen ansetzen, um den Menschen die unsere Zukunft sind, eine halbwegs angenehme Schulerfahrung bieten zu können. Indem wir uns trauen, Probleme mit Integration und Extremismus an Schulen offen anzusprechen, gehen wir den ersten wichtigen Schritt in diese Richtung, und laden alle ein mitzuziehen.

Um präventiv gegen Extremismus an Schulen vorzugehen, ist es wichtig Schüler:innen aber vor allem auch Lehrkräfte zu sensibilisieren. Lehrkräfte brauchen eine spezifische Zusatzausbildung, um die Gefahren von Extremismus zu erkennen und so vorbeugen zu können. Des Weiteren braucht es externe Angebote, da es Lehrkräften in vielen Fällen nicht optimal gelingt zu sich radikalisierenden Jugendlichen durchzudringen.

->Wir fordern eine spezifische Zusatzausbildung für Lehrkräfte, welche auf das frühzeitige Erkennen von extremistischem Gedankengut abzielt.
->Wir fordern ein breiteres Angebot an externen Workshops um alternative Arten der Extremismusprävention zu verstärken.

Bei wiederholten Vergehen sind Workshops anzuordnen und die Kosten dieser von der Schüler:in bzw. der Eltern zu tragen. Gleichzeitig soll in der Schule über die Strafmündigkeit aufgeklärt werden, als auch Informationen über die Rechtslage ad Diskriminierung vermittelt werden.->Wir fordern eine gezielte Aufklärung zur Strafmündigkeit und Rechtslage für Schüler:innen, welche extremistisches Gedankengut öffentlich aussprechen, um Bewusstsein für die Kriminialität ihres Verhaltens zu schaffen.

Sollten Schüler:innen bereits menschenfeindliches Gedankengut haben und dies propagieren, braucht es härtere Konsequenzen. Wir JUNOS Schüler:innen sind überzeugt davon, Intoleranz niemals mit Toleranz begegnen zu dürfen.

Wir fordern härtere Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler, die antisemitisches, homophobes oder anderes extremistisches Gedankengut an den Tag legen.

Doch hier kann man nicht nur die Schüler:innen in Verantwortung nehmen, auch die Erziehungsberechtigten müssen ihren Teil dazu beitragen, dass sich das Verhalten der Schüler:innen im Rahmen unserer demokratischen und pluralistischen Grundsätze befindet.

->Wir fordern, dass es schärfere Maßnahmen gibt, falls sich Erziehungsberechtige weigern, Teil der Problemlösung zu werden.

Der Religionsunterricht kann unheimlichen Schaden anrichten, wenn Lehrpersonen unkontrolliert demokratiefeindliches und ausgrenzendes Gedankengut propagieren können. Aufgrunddessen sehen wir eine Abschaffung des Religionsunterricht bis zum 14. Lebensjahr als nötig, kurzfristig braucht es hier aber stärkere und vor allem funktionierende Kontrolle.

->Wir fordern, den Religionsunterricht bis zum 14. Lebensjahr durch verpflichtenden Ethikunterricht zu ersetzen, und ihn danach als freiwillige Alternative zu Ethik anzubieten.

Dass Religionsunterricht überhaupt so weit ins Extreme rutschen kann, ist dem Fakt geschuldet, dass Religion als einziges Unterrichtsfach nicht vom Staat, sondern von den jeweiligen Religionsgemeinschaften überwacht wird. Diesen

Missstand gilt es zügigst zu beheben, um Extremist:innen keinen Freiraum in den Schulen zu geben.

-> Daher fordern wir eine echte Überwachung des Religionsunterrichts von einer unabhängigen Stelle, statt von den Glaubensgemeinschaften selbst.

Das generelle Problem ist jedoch, dass selbst mit einer scharfen Überwachung durch den Staat der Religionsunterricht weit von einem konstruktiven, lehrreichen Unterricht entfernt ist. Die einzige langfristige Lösung ist eine weitreichende Reevaluirung des Religionsunterricht im Rahmen einer komplett offenen Debatte, die auch die Abschaffung des Religionsunterricht nicht ausschließt. Im Optimum ist im Rahmen dieser Diskussion jedoch eine Reformation des Unterrichts in die Form eines tatsächlich wissensvermittelnden Unterrichts zu erreichen.

Außerdem sollte der Lehrplan für den konfessionellen Religionsunterricht dahingehend angepasst werden, dass ein Fokus auf die Aufklärung über religiös-extremistische Tendenzen und deren Gefahren gelegt wird.

Um den immer größerwerdenden Herausforderungen beim Thema der Integration gerecht zu werden, braucht es ein klares Aufzeigen von Grenzen sowie funktionierende Integration vor allem im Zusammenhang mit der Religion. Für uns ist klar, dass die Religionsfreiheit zu gelten hat. Für uns ist aber auch klar, dass die Religionsfreiheit niemals Diskriminierung, gewalttätiges Verhalten und ähnliche menschenfeindliche Aktionen rechtfertigt. Immer mehr sogenannte "Online-Prediger" erklären Jugendlichen Religion und stiften sie zu Homophobie und Frauenverachtung an. Hier braucht es starke Medienkunde. Weiters stehen wir JUNOS Schüler:innen zu unserer liberalen und demokratischen Gesellschaft.

Um Demokratiefeindlichkeit zuvorzukommen und um in Härtefällen eingreifen zu können, braucht es ernstzunehmende Demokratiebildung sowie politische Bildung für alle in der Schule.

Wir fordern ein Fach, in dem echte Demokratiebildung und politische Bildung unterrichtet wird.

Es ist klar, dass Extremismus, insbesondere Religiöser, Gift für unsere pluralistische Gesellschaft ist, und schon im Keim erstickt werden muss. Dieser Antrag soll ein programmatisches Fundament zu den Themen Extremismusprävention, Extremismusbekämpfung, lösungsorientierter Lehrkräftefortbildung und sinnvollem Religionsunterricht bilden, mit dem JUNOS Schüler:innen einen mutigen Schritt in ein Themengebiet warnt, das andere Organisationen aus Angst vor Kontroverse meiden.